



ES WAR EINMAL ..., S. 2-4  
Politische Mauerblümchen und  
Jugendkultur made in GDR

WIRTSCHAFT&SOZIALES, S. 7-8  
Bettelstudenten, Arbeit=weniger  
ist mehr, Apartheid unterm Stern

ÖKOLOGIE, S. 9-12  
Grüne Punkte, der richtige Kohl  
und das falsche Stromnetz

MEDIENKRITIK, S. 15  
Journalismus in Zeiten des  
intellektuellen Fastfood

# tendenz

| WINTER 2009/10 | SONDERNUMMER

Zeitung der JungdemokratInnen/Junge Linke | A7408F-JD/JL, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin



# Utopien in der Umbruchzeit

Mit der Wiedervereinigung 1991 setzte die deutsche Bevölkerung nicht nur einen Endpunkt hinter 40 Jahre realexistierenden Sozialismus, sondern auch hinter alle Utopien und Reformideen, die sich in der Vorwendezeit und seit '89 entwickelt hatten. Eine aufregende Zeit für Querdenker und Utopisten.

Wir haben Steffen Zillich, damals aktiv in der mju (Marxistische Jugendvereinigung), interviewt, wie das so war, als politisch aktiver Jugendlicher zum Ende der DDR.

*Heute wird ja viel über die unpolitischen Jugendlichen gemeckert. Wie war das in der DDR? Waren die da „politischer“?*

Das kann man nicht so einfach sagen. Im Prinzip war die ganze Gesellschaft durchpolitisiert. Staat, Partei, Wirtschaft, Verwaltung legiti- mierten, was sie taten, mit einer politischen Absicht. Das öffentliche und berufliche Leben erforderte fast immer ein politisches Bekenntnis zur sozialistischen Gesellschaft. Aber diese Bekenntnisse waren oft nur noch symbolisch; zu einem inhaltsleeren Ritual geworden.

Dies führte teils zu Kritik und teils zu Resignation. Andererseits haben sich viele dem einfach soweit es ging entzogen. Die DDR war eine Nischengesellschaft. Gerade Jugendliche haben sich abgewandt, wollten mit all dem gar nichts mehr zu tun haben. Diese alltägliche Abwen-

dung vom Politischen war, wenn man so will, ein politischer Akt.

Während der Wendezeit selbst gab es eine ungeheure politische Aktivität. Gerade junge Menschen wollten etwas verändern und hatten weniger Angst vor Unsicherheiten und Veränderungen.

Insbesondere in den Jahren 1989/90 machten sehr viele die Erfahrung, dass man tatsächlich etwas bewegen kann. Das beförderte natürlich politisches Engagement.

*Was hast du gemacht? Wo warst du aktiv?*

Ich war 1989 Schüler in einer Erweiterten Oberschule (entspricht in etwa den heutigen Gymnasien). Ich war dort gerade als FDJ-Sekretär gewählt worden, dies aber mit einem Programm, das sich vom üblichen Profil einer solchen Funktion unterschied und das sich eher an die Aufgaben einer politisch verstandenen bundesdeutschen Schülervertretung anlehnte.

Im Herbst '89 war täglich etwas los, ich war – wie viele – jeden Tag damit beschäftigt, die rasend schnell ablaufenden Veränderungen mitzubekommen, zu diskutieren und mich einzumischen.

Ich war z.B. in verschiedenen Gruppen dabei, die sich einen Kopf darüber gemacht haben, wie junge Menschen in einem repräsentativen parlamentarischen System ihre Vertretung organisieren sollten, saß an Runden Tischen, diskutierte mit Vielen in verschiedenen Zusammenhängen wie ein Zusammenschluss linker junger Menschen aussehen könnte und wie man dazu kommen kann. Das führte dann um die Jahreswende 1989/90 zur Gründung der „mju – Junge Linke“.

*Was bedeutete es in der DDR, links zu sein bzw. gab es diese Kategorie überhaupt?*

Einerseits war „links sein“ Staatsräson und das meinte: Loyalität, Disziplin, Antifaschismus,

Gerechtigkeit, Solidarität, soziale Sicherheit, Marxismus/Leninismus und Antikapitalismus. Es ging nicht um Demokratie, Emanzipation, Individualität oder auch Ökologie und Bürgerrechte.

Deshalb äußerten andererseits die Oppositionsgruppen in der DDR fast ausschließlich eine linke Kritik an den DDR-Verhältnissen und verstanden sich auch eher als linke Opposition. Für mich persönlich hat sich der Gehalt von „links sein“ 1989 rasend schnell verändert.

*Es hat sich viel Widerstand an den eingeschränkten Grund- und Freiheitsrechten entzündet. Wie habt ihr diese Einschränkungen erlebt?*

Im strengen Sinne gab es so etwas wie Grundrechte nicht. Jedenfalls gab es sie nicht als einklagbare Rechte, weil es – bis ins Jahr 1989 – gar keine Möglichkeit einer gerichtlichen Überprüfung staatlichen Handelns gab.

Offenen Widerstand gab es nur sehr wenig, das war verboten. Opposition war illegal und deshalb eben auch mit erheblichen Gefahren verbunden.

Mir persönlich sind keine Repressionen widerfahren, ich war auch nicht oppositionell eingestellt. Habe ich Meinungsfreiheit vermisst? Eher nicht. Einerseits kannte ich es nicht anders, andererseits hatte ich auch etwas Glück, keinen Ärger zu bekommen: Ich weiß, dass Andere, die sich in ähnlicher Weise öffentlich geäußert haben, wie ich es ab und an gemacht habe, durchaus erhebliche Schwierigkeiten bekommen haben.

*Gab es auch theoretisch-abstrakte Kritik am Sozialismus als Ideologie und wie und wo wurde diese diskutiert?*

Einerseits gab es in den Institutionen, in der SED und auch in der Wissenschaft durchaus theoretische, mitunter auch kritische Debatten. Allerdings konnte es auch schnell passieren, dass dies auf harschen Widerstand der Staatsmacht stieß. Im Großen und Ganzen fand Kritik nicht öffentlich statt. In der kleinen Opposition in Umweltgruppen und unter dem Schutz der Kirche gab es im Geheimen auch theoretische Kritik. Die Relevanz der Opposition wuchs aber eher mit der Kritik an den realen alltäglichen Verhältnissen.

*Fand manch einer eigentlich auch Kapitalismus „geil“ oder war man da grundlegend skeptisch?*



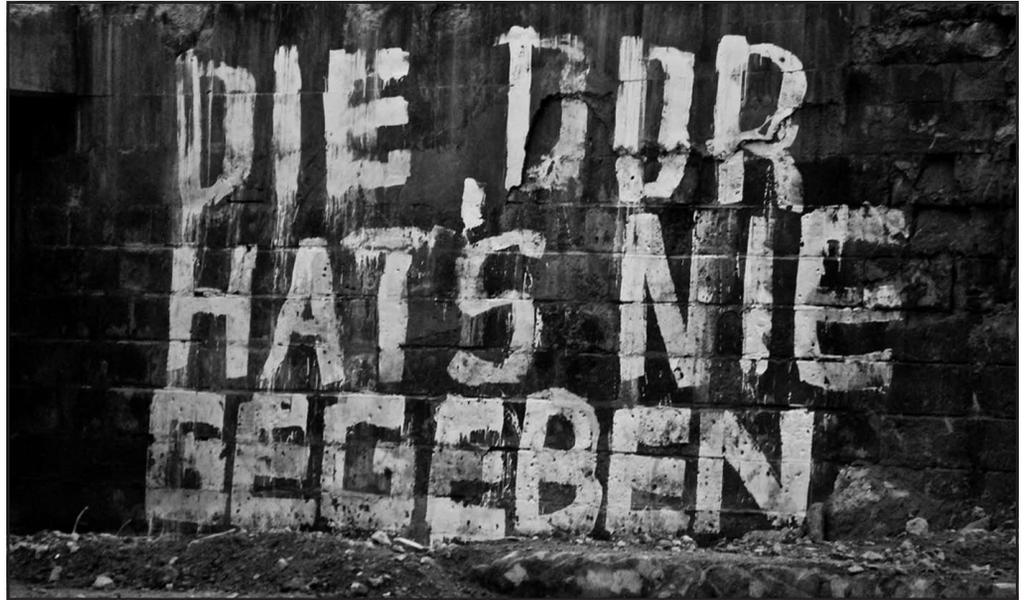
Unterschiedlich. Das Entscheidende war wohl eher die Delegitimierung des real existierenden Sozialismus als die Begeisterung für den Kapitalismus. Das der nicht nur schön ist, wussten oder ahnten wohl irgendwie alle. Aber die Versprechen von Reisefreiheit, Wohlstand und Konsum waren sehr attraktiv. Auch die Freiheit, seine Meinung zu äußern, an die Musik zu kommen, die man gerne hören wollte, an die Bücher, die man gerne lesen wollte oder die Filme, die man gerne sehen wollte, war sehr verlockend.

*Ein Standardfrage, aber dennoch interessant – wie habt ihr '89 den Fall der Mauer erlebt?*

Ich war auf einem der vielen damals stattfindenden Treffen und habe von der legendären Pressekonferenz erst abends erfahren, als ich wieder zu Hause war. Nach Westberlin bin ich dann eine halbe Woche später. Nicht nur für mich war die Öffnung der Mauer damals nicht das entscheidende Ereignis. Einerseits habe ich die Bedeutung für die weitere Entwicklung sicher unterschätzt, andererseits waren die Demonstrationen im Oktober in Berlin und in Leipzig, der Rücktritt Honeckers und vor allem die große Demonstration von einer Million Menschen am 4. November in Berlin für mich viel wichtiger als Meilenstein der Veränderungen.

*Wie stark oder greifbar waren die politischen Utopien zwischen '89 und '91 – in Abkehr vom real existierenden Sozialismus UND jenseits der kapitalistischen Systems der Bundesrepublik?*

Im Herbst '89 haben zunächst fast alle, die sich öffentlich politisch geäußert haben, von so etwas wie einer demokratisch-sozialistischen Perspektive für die DDR gesprochen – von den Oppositionsgruppen bis zur CDU. Wobei in der



Öffentlichkeit eher kurzfristige Veränderungen als grundsätzliche Perspektiven dominierten. Es ging vielen Menschen um eine demokratische und gerechte, solidarische, durchaus nicht-kapitalistische Entwicklung. Insofern war das ein durchaus reales Ziel.

*Ihr wolltet die DDR also nicht abschaffen?*

Es ging uns darum, die DDR zu reformieren. Dies wurde aber – insbesondere, je mehr sich abzeichnete, dass die DDR ökonomisch allein nicht lebensfähig war – immer weiter ins Reich der Utopie verwiesen.

Uns war zudem nicht so ganz klar, ob ein demokratischer, emanzipatorischer Sozialismus in einer neuen DDR eine Chance haben konnte. Aber wir waren uns ziemlich sicher, dass so etwas kurzfristig in einem vereinigten Deutschland nicht klappen würde. Es blieb uns nur noch, möglichst viel politische Kraft zu sammeln und zu entwickeln, damit das Ziel und das politische Programm eines demokratischen, emanzipato-

rischen Sozialismus nicht verschwindet.

Darüber hinaus hatte der Kampf um möglichst viel Eigenständigkeit der Entwicklung in der DDR jenseits der Sozialismus-/Kapitalismusfrage durchaus noch bis zum Ende der DDR eine große Bedeutung. Denn der wurde auch zu einem Kampf um Selbstbestimmung und um den Erhalt der vielen demokratischen Errungenschaften und Freiräume, die wir uns in der Wendezeit erkämpft hatten.

*Dann kam die Wiedervereinigung. Ich wäre ganz schön frustriert gewesen ...*

Viele haben sicher ihr Engagement zurückgelassen, auch weil sie mit Ausbildung und Job und dem Zurechtkommen in der Bundesrepublik beschäftigt waren. Aber die Wiedervereinigung kam ja nicht überraschend. Die Option einer eigenständigen Entwicklung hatte sich ja nicht plötzlich am 3. Oktober 1990 erledigt, sondern eigentlich schon spätestens seit März 1990. Wer linke Politik machen wollte, musste dies in der Bundesrepublik tun oder sich mit einer Sekte in ein Paralleluniversum zu verziehen. In der „mjv - Junge Linke“ war uns das klar. Deshalb haben wir uns in den „alten Bundesländern“ umgetan und Partner gesucht. Mit dem sich seit 1990 immer intensiver entwickelnden Kontakt zu den Jungdemokraten gab es dann eine organisatorische Perspektive. Es galt, sich gegenseitig kennenzulernen, Freunde zu finden, sich zu behaupten und letztendlich eine „linke Vereinigung“ zu gestalten. Mit „JungdemokratenInnen - Junge Linke“ als neuem, parteiunabhängigem, emanzipatorischem und bundesweitem Jugendverband haben wir das auch ziemlich gut hinbekommen und dann gemeinsam gegen den Irakkrieg, die Abschaffung des Asylrechts, gegen Lauschangriff und Sicherheitspanik gekämpft.

*Steffen Zillich ist heute Mitglied der Linksfraction im Berliner Abgeordnetenhaus.*

40

JAHRE  
DEUTSCHE  
DEMOKRATISCHE  
REPUBLIK



**Stefan Heym- DDR-Schriftsteller, Oppositioneller und schließlich PDS-Abgeordneter, hielt am 10. November 1994 seine Antrittsrede als Alterspräsident im Bundestag. Hier ein kleiner Auszug:**

„Die Effizienz des Westen, seine demokratischen Formen und andere Qualitäten des Lebens dort, die zum Nutzen der Ostdeutschen zu übernehmen wären, liegen zu tage. Aber umgekehrt?

Gibt es nicht auch Erfahrungen aus dem Leben der früheren DDR, die für die gemeinsame Zukunft Deutschlands zu übernehmen sich ebenfalls lohnte? [...] Nicht umsonst protestieren ja zahllose Bürger und Bürgerinnen der Ex-DDR dagegen, das die Errungenschaften und Leistungen ihres Lebens zu gering bewertet und kaum anerkannt oder gar allgemein genutzt werden. Unterschätzen Sie doch bitte nicht ein Menschenleben, indem trotz aller Beschränkungen das Geld nicht das all entscheidende war; der Arbeitsplatz ein Anrecht von Mann und Frau gleichermaßen; die Wohnung bezahlbar und das wichtigste Körperteil nicht der Ellenbogen.

Ich weiß sehr wohl das man Positives aus Ost und West nur schwer miteinander verquicken kann. Wir haben jedoch solange mit unterschiedlichen Lebensmaximen in unterschiedlichen Systemen gelebt und überlebt, das wir jetzt auch fähig sein sollten mit gegenseitiger Toleranz und gegenseitigem Verständnis unsere unterschiedlichen Gedanken in der Zukunft einander anzunähern.“

# Zwitschernde Müllstationen



„Zwitschermaschine“, „Müllstation“, „Größenwahn“, „Paranoia“, „Die letzten Recken“, „Wutanfall“, „Planlos“, „Schleim-Keim“... man kann sich bildlich vorstellen, wie schon die Namen dieser Punkbands in der DDR auf große Irritation bei der Nomenklatura wie der Bevölkerung gestoßen sind.

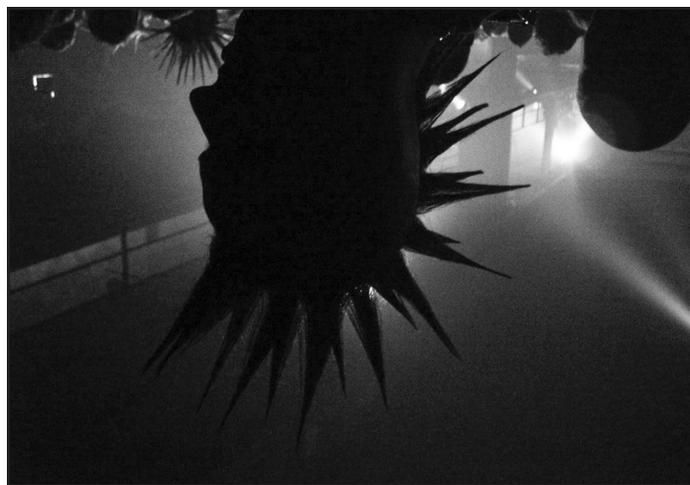
Ganz abgesehen vom normabweichenden Auftreten der jugendlichen Subkultur, die es seit den späten siebziger Jahren gab: Nietenhosen, Lederjacken, hochgestellte Hahnenkämme, abrasierte Haare... das passte nicht ins Bild der sozialistischen Jugend, deren Lebensweg von der Gesellschaft vorgezeichnet war. Auf den Kindergarten folgte die Schule, dort erst

die Pionier-, dann die FDJ-Arbeit, anschließend wartete (für die Männer) die Armee, gefolgt vom Alltag in der sozialistischen Produktion. Wer Glück hatte (und zum Beispiel Eltern, die selber Arbeiter und unstudiert waren) oder aber sich für eine dreijährige Armeezeit verpflichtete, konnte studieren. Doch selbst dort stand die „Bildung zur sozialistischen Persönlichkeit“ nicht an letzter Stelle auf dem Studienplan, sondern war ideologisch integraler Bestandteil eines jeden Studiums.

Wer ausbrechen wollte, hatte nur wenige Möglichkeiten und setzte nicht selten seine Zukunft aufs Spiel. Bereits in den sechziger Jahren verfolgten die staatlichen Organe die sogenannten „Gammler“ – Jugendliche mit langen Haaren, die westlichen Modetrends folgten – als „unangepasste Jugendliche“. Auf ein kurzes kulturpolitisches Tauwetter ab 1971, nachdem Erich Honecker Walter Ulbricht als Vorsitzender der SED abgelöst hatte und verkündete, es komme nicht darauf an, was einer auf dem Kopf trage, sondern was er im Kopf habe, folgt mit dem Verbot der Klaus Renft Combo 1975 und der Ausbürgerung von Wolf Biermann eine neue kulturelle Eiszeit. Zwischenzeitlich erblühte die sogenannte Tramperbewegung – eine Art ostdeutscher Blumenkinder, die John Lennon und Yoko Ono und ihren Idealen von Love und Peace folgten und dabei jederzeit in Konflikt mit der Staatsmacht geraten konnten.

Besonders hart traf die staatliche Repression die erste Generation der DDR-Punks, die sich in den späten Siebzigern gründete und bis 1984 hielt. Noch 1977 wurde in DDR-Zeitschriften der beginnende westliche Punk als „Mittel im Arsenal bürgerlicher Ideologien, mit denen die Volksmassen manipuliert werden“ erwähnt. Nur wenige Jahre später sah man sich mit Punks im eigenen Land konfrontiert und reagierte entsprechend: Die Kategorisierung als „asoziales Pack“ stand schnell fest, „Härte gegen Punks“ wurde ausgerufen und entsprechend durchgesetzt. Insbesondere im Jahr 1983 gab es eine Repressionswelle: „Zur Klärung eines Sachverhalts“ wurden Punks in die Verhörzimmer geladen, „Berlin-Verbote“ ausgesprochen, „Arbeitsplatzanbindungen“ verhängt, Zwangseinberufungen zur Nationalen Volksarmee folgten, und nicht wenige wurden verhaftet oder zur Mitarbeit bei der Staatssicherheit angeworben. Diejenigen, die noch übrig waren, reisten aus, orientierten sich um, einige wandten sich der Skinbewegung zu, wenige retteten sich in die zweite DDR-Punkbewegung.

Diese wuchs in den 80er um einiges, nicht mehr nur in Berlin und Leipzig, sondern in den meisten größeren Städten bildete sich eine nicht mehr nur kleine Punkszene, sondern eine Gegenkultur mit vielen Subszenen: Punks, Peacepunks, Hardcorepunks, Artpunks und auch Skinheads... In Kellern, Wohnzimmern oder Künstler-Ateliers fanden Konzerte ebenso statt wie unter dem Schutz der Kirche. Letzteres führte auch dazu, dass Punks in Kontakt



## Fresst die Scheisse, die wir euch geben

Fresst die Scheisse, die wir euch geben  
Seid zufrieden mit dem was ihr habt  
Ihr habt doch alles nötige zum Leben  
Wozu ihr nur nach Schätzen grabt?

Die Freiheit können wir euch nicht geben  
Denn ein dummes freies Volk bringt Gefahr  
Wir lassen euch hinter grossen Gittern  
Geisseln euch Jahr für Jahr

Ihr traut euch keinen Meter  
Denn ihr wisst was ihr wirklich denkt  
Vertrauen habt ihr nie gehabt  
Und die Arbeit haben wir euch  
geschenkt

Fresst die Scheisse, die wir euch geben  
Seid zufrieden mit dem was ihr habt  
Ihr habt doch alles nötige zum Leben  
Wozu ihr nur nach Schätzen grabt?

von Schleim-Keim

mit oppositionellen Umwelt- und Menschenrechtsgruppen gelangten. Gleichwohl blieb der Punk ein kleines, subkulturelles Milieu – dem ein kommerzieller Erfolg, anders als beispielsweise den Toten Hosen in der Bundesrepublik, nicht beschieden war. Aber darum ging es ja auch nicht.

Annett Mängel

# Rechtlos hinter Gittern

## Untersuchungshaft trifft noch härter als Strafhaft

In Berlin saß eine junge Frau fünf Monate in Untersuchungshaft. Sie sollte am 18. Mai verurteilt werden, mit Grillanzünder ein Auto anzustecken. Triftige Beweise gab es nicht. Dafür politischen Druck aus Medien und CDU, der Staat müsse endlich etwas tun gegen die Serie von Autobränden in der Stadt. Dass Alexandra R. noch vor einem Urteil eingesperrt wird, verdankte sie einem feinen Zirkelschluss: Schon vor dem ersten Prozesstag stand fest, dass die 21-Jährige „aus generalpräventiven Gründen“ mit einer abschreckend hohen Freiheitsstrafe zu rechnen habe, wie es im Haftbefehl hieß. Und weil man mit dieser harten Strafe drohte, wurde die Fluchtgefahr als hoch eingeschätzt. Entlassung gegen Meldeauflagen und Kaution abgelehnt. Bei einem zweiten Haftprüfungstermin wurde noch Wiederholungsgefahr nachgeschoben.

Selbst wenn man die grundsätzlichen Einwände gegen Strafen beiseite lässt, ist die U-Haft ein besonderer Auswuchs des Strafsystems. Hier wird jemand seiner Freiheit beraubt, bevor ihm überhaupt etwas nachgewiesen wurde. Man sperrt potenziell unschuldige Menschen ein. Manche U-Häftlinge werden schließlich gar nicht zu einer Freiheitsstrafe verurteilt, haben aber trotzdem über Monate im Knast zugebracht.

U-Haft ist für die Betroffenen besonders belastend. Mehr als die Hälfte aller Suizide im Gefängnis passieren während der U-Haft. Trotz dieser bekannten Wirkungen und trotz des hohen Grundrechtseingriffs hat es bis zum Jahr 2009 gedauert, dass eine Bundesregierung konkretere rechtsstaatliche Vorgaben gemacht hat. Jahrzehntlang gab es abgesehen von einigen Generalklauseln kaum Vorschriften, wie die Haft für die derzeit rund 13.000 Untersuchungsgefangenen auszusehen hat. Ihr Alltag ist zum Teil härter als der von Strafgefangenen: Die Dauer der Haft ist meist ungewiss, die Beschuldigten sind oft 23 Stunden eingeschlossen in ihrer Zelle, Vollzugslockerungen gibt es nicht.

Eine Totalreform ist überfällig. Doch die beschlossenen Neuregelungen erfüllen vor allem Forderungen aus Europa. So wurde der Rechtsschutz für die Beschuldigten verbessert – künftig bekommt jeder unverzüglich nach Inhaftierung einen Pflichtverteidiger bestellt und nicht erst nach drei Monaten. Beschränkungen wie

Briefkontrollen sollen nicht mehr standardmäßig stattfinden.

Wie die Haftbedingungen genau auszusehen haben, kann der Bund nicht mehr entscheiden. Der Strafvollzug liegt seit 2006 in den Händen der Bundesländer, eines der katastrophalen Ergebnisse der Föderalismusreform. Auch hier verweisen die geplanten Verbesserungen eher auf die bisherigen krassen Zustände denn auf eine humanere Zukunft. So dürfen Untersuchungsgefangene wohl künftig arbeiten, ihre Zellen mit privaten Gegenständen ausstatten und ihre eigene Kleidung tragen. Und sie dürfen länger Besuch empfangen – Erwachsene zwei Stunden im Monat, Jugendliche vier.

Zwingende Höchstgrenzen für die Haftdauer gibt es hingegen genauso wenig wie Änderungen bei den Haftgründen. U-Haft darf angeordnet werden, wenn der zu Inhaftierende der Tat „dringend verdächtig“ ist, Flucht-, Wiederholungs- oder Verdunklungsgefahr besteht und die Anordnung der U-Haft „angemessen“ ist im Verhältnis zur Schwere der Tat. Wie der dringende Tatverdacht zustande kommen kann, zeigt sich am Beispiel von Alexandra R. Sie wurde mehrere Straßen weiter beim Einkaufen verhaftet. Es fanden sich weder Grillanzünder an ihren Fingern noch Spuren am Auto. Deshalb wurde sie zunächst freigelassen und erst nach einer öffentlichen Hetzkampagne zwei Tage später wieder eingesperrt. Die neu präsentierten „Beweise“ waren ein Sprühkopf und handelsüblicher Grillanzünder in ihrer Wohnung.

Gilt man einmal als „dringend verdächtig“, sind die Haftgründe schnell konstruiert. Flucht-

gefahr behauptet ja, dass eine junge Frau, die mitten in einer Ausbildung steckt, mal eben untertauchen würde. Noch willkürlicher ist die Anordnung wegen Wiederholungsgefahr. Hier wird jemand, der für die eine Tat noch nicht einmal verurteilt ist, präventiv für die nächste eingesperrt. Die Haftgründe sind also extrem dehnbar, und Alexandra R. blieb bis eine Woche vor ihrem Freispruch am 4. November 2009 hinter Gittern. Unterstützung bekam sie von einer Soligruppe. Das Gros der anderen U-Häftlinge hat nicht einmal das.

*Ines Wallrodt*



### Bespitzelungsstaat austricksen!



#### OTR (Off The Record)

Mehr Sicherheit  
für deine Daten!

„Sie stimmen zu, dass Sie Ihr Urheberrecht sowie jegliche andere Eigentumsrechte an gesendetem Material durch das Senden aufgeben.“. Diesem muss man beim Anlegen eines ICQ-Kontos zustimmen. Auch wird in diesem Vertrag die Benutzung von

alternativen Clients wie Pidgin und Adium ausgeschlossen. Wer auf ICQ nicht verzichten möchte, sollte diese dennoch installieren und den Chat verschlüsseln. Am besten eignet sich dazu OTR (Off The Record): eine Verschlüsselungsmethode, die nach dem Versenden keinen Rückschluss auf den Absender zulässt.

[http://de.wikipedia.org/wiki/Off-the-Record\\_Messaging](http://de.wikipedia.org/wiki/Off-the-Record_Messaging)

## Kommentar

# Heroin statt Abstinenz

Nach dem langjährigen Modellversuch zur heroingestützten Behandlung von Heroin-konsumentInnen hat der Bundestag endlich einer staatlichen Abgabe von Heroin an „Schwerstopiatabhängige“ zugestimmt. Doch auch diese Entscheidung reiht sich nahtlos in die repressive Drogenpolitik der Bundesrepublik ein.

von Konrad Macholdt

Die Illegalisierung von Drogenkonsum stellt eine Fremdbestimmung über den eigenen Körper dar. Erst sie produziert negative Folgen der „Drogenabhängigkeit“ wie Krankheitserscheinungen (durch Streckmittel), Kriminalisierung, finanziellen Bankrott und soziale Ausgrenzung.

Die Debatte um die repressive Drogenpolitik wird in Deutschland schon lange geführt.



Heute weniger präsent im öffentlichen Diskurs, steckt sie dennoch in jeder Drogen-einrichtung, jedem Therapiezentrum und jedem Druckraum. Am meisten vertreten sind hierbei abstinenzorientierte und präventive Einrichtungen, zu der auch der Modellversuch der heroingestützten Behandlung zählt. Institutionen, die eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik vertreten, sind selten.

Der Beschluss des Bundestages, Heroin an „Schwerstopiatabhängige“ zu vergeben, erscheint daher irritierend, passt er doch nicht in ein System der staatlichen Verfolgung von KonsumentInnen. War gestern Heroin noch die „Teufelsdroge“, die beim ersten Konsum abhängig machte und unweigerlich

zum „Goldenen Schuss“ führte - der Inbegriff der Droge also -, scheint es heute legal konsumierbar. Es wirkt, als sei der Startschuss für die Legalisierung aller Drogen gefallen.

## Hochschwelligkeit

Gekennzeichnet durch einen Ansatz des Förderns & Forderns wird die Vergabe von Heroin an hohe Voraussetzungen geknüpft. Zugang zu dem ärztlich vergebenen Heroin haben nur „Schwerstopiatabhängige“, d.h. Konsumenten, die mindestens seit fünf Jahren heroinabhängig sind und zwei Therapien, davon eine mit psychosozialer Betreuung, abgebrochen haben. Die damit verbundene Absurdität besteht darin, dass eine Heroinabhängigkeit erst mit der Volljährigkeit anerkannt wird, die Vergabe von Heroin also erst ab 23 Jahren in Anspruch genommen werden kann. Das neue Heroingesetz zeichnet sich folglich durch Hochschwelligkeit aus.

## Pathologisierung & Medizinisierung

Schwerwiegend ist auch die mit dem Konzept verbundene Pathologisierung und Medizinisierung. Das neue Konstrukt der „Schwerstabhängigkeit“ erschafft einen „staatlich registrierten und kontrollierten Kranken“. Unter einem ausgefeilten Kriterienkatalog wird ein Teil der bisherigen Suchtkranken mit einem „Gütesiegel“ versehen, dass ihnen den Genuß weiterer staatlicher Maßnahmen ermöglicht. Es entsteht eine doppelte Diskriminierung, zunächst als drogenkrank, dann als schwerstabhängig. War bisher das Etikett der Drogenabhängigkeit noch etwas, gegen das es sich zu wehren galt, um nicht in ein System staatlicher Repressionen zu fallen, müssen

sich nun KonsumentInnen selbst pathologisieren, um Zugang zu weiteren Ressourcen zu erlangen.

Als individuelle Hilfesuchende müssen sie den aufgestellten Forderungen nachkommen, um in die Gunst der Förderung zu gelangen. Diese besteht im Falle der neuen Heroingabe in einer ärztlichen, letztinstanzlichen Behandlung. Wenn die Therapien versagt haben, wird versucht, die Abstinenz über medizinisch



überwachten Heroinkonsum herbeizuführen. KonsumentInnen werden nun als KlientInnen gehandelt. Dass in diesem Machtverhältnis zwischen Ärztin und Klient die Mitbestimmung zu kurz kommt, ist kaum verwunderlich.

## Freie Vergabe tut Not

Es ist notwendig, Heroin nicht nur an KonsumentInnen zu vergeben, die in das geschaffene Raster fallen. Mit der freien Vergabe von Heroin sind Junkies nicht mehr den negativen Resultaten der Illegalisierung ausgesetzt. Cleanes Heroin zu realistischen Preisen bedeutet körperliche Gesundheit und finanzielle Sicherheit.

## Heroin

Nachdem Anfang der 70er Jahre Heroin in Deutschland illegalisiert wurde, wurde das Methadonsubstitutionsprogramm eingerichtet. Der Heroinentzug wurde durch die Vergabe des Medikaments Methadon unterstützt. Ab '94 in der Schweiz, '01 in Deutschland wurde die Auswirkung der Heroingabe an Heroinabhängige untersucht. Ursprünglich sollte sie '04 enden. Nach dem positiven Ergebnis der Studie (höhere Abstinenzrate, gesundheitliche Verbesserung, geringerer Beikonsum, positive Arbeits- und Sozialentwicklung, Rückgang krimineller Handlungen) wurde sie auf Wirken der CDU zunächst bis '06 und später bis '09 verlängert. 2009 beschloss der Bundestag die Vergabe von Heroin an „Schwerstopiatabhängige“.

# WM 2010 : „Ein Stern, der Deinen Namen trägt ...“

**Eine Kampagne unterstützt Entschädigungsklagen von südafrikanischen Apartheidopfern gegen Daimler und Rheinmetall. Weitere Beklagte sind die US-Autobauer Ford und General Motors sowie der Technologiekonzern IBM.**

Der Auftritt der deutschen Fußball-Nationalmannschaft bei der WM in Südafrika steht unter keinem guten Stern. Das Problem sind nicht die Fußballer selbst, sondern deren Hauptsponsor: Mercedes-Benz. Bei SüdafrikanerInnen, die ihr Leben im Kampf gegen das rassistische Apartheidregime riskiert haben, ruft das Daimler-Logo dunkle Erinnerungen wach. Die Vorwürfe gegen Daimler: Die Lieferung von mindestens 2.500 Unimogs, die als Truppentransporter oder Raketenwerfer genutzt wurden, außerdem Dieselmotoren für Panzer und Hubschrauber zur Überwachung von Demonstrationen. Durch seine Geschäfte mit dem Apartheidregime beteiligte sich Daimler an der Unterdrückung des schwarzen Befreiungskampf und der Destabilisierung der Region. Die zunehmende Aufmerksamkeit durch die WM in Südafrika soll auch dazu genutzt werden, den Druck auf Daimler in Deutschland zu erhöhen.

Denn derzeit spielen die Unternehmen auf Zeit, Daimler hat der südafrikanischen Regierung sogar mit Rückzug aus dem Land gedroht, wenn sie sich nicht gegen diese Klagen stellt. Bei der südafrikanischen Regierung hatte Daimler damit keinen Erfolg. Die deutsche Bundesregierung hingegen hat deutlich Position bezogen – gegen die Klagen.

„Diese Unternehmen haben jahrelang profitable Geschäfte im und mit dem Apartheidstaat gemacht. Die Vereinten Nationen haben Apartheid seit 1966 viele Male als „Verbrechen an der Menschheit“ bezeichnet. Das verpflichtende Rüstungsembargo vom November 1977 wie auch die Wirtschaftssanktionen 1986 waren unübersehbar. Das heißt: die Unternehmen, die mit dem Apartheid-Staat profitable Geschäfte machten, wussten, was sie taten“, so Dieter Simon von der Koordination Südliches Afrika. „Sie waren Helfershelfer eines kriminellen Systems. Der Hinweis darauf, dass sie die Landesgesetze in Südafrika befolgen mussten, enthebt sie nicht der Verantwortung“, ergänzt Simone Knapp von der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika.

Den Vorwürfen entgegnet das Unternehmen, dass beispielsweise Jürgen Schrempp, der damalige Vize-Präsident von Daimler-Benz in Südafrika und spätere Vorstandsvorsitzende der Daimler-Benz AG, seine Position in Südafrika dazu genutzt

hätte, sich öffentlich gegen Apartheid auszusprechen. Wenn gleichzeitig allerdings Waffen und Hubschrauber an eben dieses Regime geliefert werden, sind warme Worte leider nicht viel wert, sie wirken eher zynisch. Auch die weitere Verteidigung, dass Staatspräsident Nelson Mandela persönlich im Jahre 1999 die höchste südafrikanische Auszeichnung für ausländische Privatpersonen, den „Order of Good Hope“ an Jürgen Schrempp verliehen hat, verschweigt, dass diese



Auszeichnung für sein Engagement nach dem Ende der Apartheid verliehen wurde, weil er auf Wunsch von Nelson Mandela in dessen Heimatregion ein Krankenhaus und eine Schule bauen ließ. Dass er ihn außerdem zum südafrikanischen Generalkonsul von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland ernannt hat sollte vor allem gute und kontinuierliche Wirtschaftsbeziehungen sichern – nach dem Ende der Apartheid war es wichtig, die instabile Wirtschaftslage nicht zusätzlich zu belasten. So ist denn auch die heutige südafrikanische Regierung die erste, die die Entschädigungsklagen unterstützt. Bisher hatten die Regierungen solche Klagen stets mit der Begründung abgelehnt, dass Entschädigungsklagen die internationalen Beziehungen belasten könnten. Das Unternehmen führt zu seiner weiteren Verteidigung an, dass es sich seit den frühen 1990er-Jahren für die „gesellschaftliche Integration von HIV-Infizierten“ engagiere. Auch hier kann man in Anbetracht der Waffen- und Rüstungsgeschäfte wohl getrost von einem Feigenblatt sprechen, das das Firmenimage PR-trächtig aufpolieren soll.

Im April 2009 hat denn auch ein US-Bundesbezirksgericht in New York eine Sammelklage wegen Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen während der Apartheid gegen Daimler und vier weitere Konzerne zugelassen.

Am 30.11.2009 hat das New Yorker Center for Constitutional Rights in Zusammenarbeit mit dem European Center for Constitutional and



Human Rights (ECCHR), medico international und weiteren Unterstützern ein Gutachten zur Bedeutung der juristischen Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen verfasst und beim Southern District Court of New York eingereicht. „Das Gutachten legt insbesondere dar, dass gerade die Rolle von Unternehmen für die Unterstützung und Förderung von Systemunrecht rechtlich geahndet werden muss“, so Miriam Saage-Maaß vom ECCHR.

In dem Gutachten wird darauf verwiesen, dass Unternehmer bereits in den Nürnberger Nachfolgeprozessen zwischen 1946 und 1949 wegen der Förderung der NS-Verbrechen und wegen der direkten Begehung von Völkerstraftaten zur Verantwortung gezogen wurden. Die in jüngerer Zeit gerade auch in den USA eingereichten Klagen gegen Unternehmen knüpfen an diese wichtige Tradition an und stellen einen Beitrag zu einer umfassenden Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen dar, die sich nicht allein auf die Rolle staatlicher Akteure beschränkt.

„Es ist daher unbedingt notwendig, die Verantwortung europäischer Unternehmen für die Unterstützung der Verbrechen des südafrikanischen Apartheidsystems vor Gericht zu bringen“, fordert Bernd Eichner von medico international.

Am 25. Januar fand in Frankfurt am Main eine überfüllte Veranstaltung von medico international zu diesem Thema statt, in dessen Anschluss auch über Möglichkeiten einer gemeinsamen „Anti-Daimler-Kampagne“ (Arbeitstitel) diskutiert wurde. Die Koordinations- und Kontaktzentrale hierfür ist das Frankfurter medico-Büro. Einen interessanten Termin kann man sich aber schon mal vormerken: die : die Daimler Aktionärsversammlung am 14. April.

*Philipp Jacks*



# Weniger Arbeit = Mehr Demokratie

Arbeitszeitverkürzung hat viele positive Seiten: Gewerkschaften verweisen darauf, dass hierdurch die Arbeit auf mehr Köpfe verteilt wird, wodurch die Arbeitslosigkeit sinkt. Andere Menschen erinnern daran, dass der technische Fortschritt bestimmt nicht gemacht



wurde, damit die Menschen länger arbeiten müssen.

Ein drittes sehr wichtiges Argument ist die demokratische Teilhabe. Denn auch wenn es heutzutage kaum Möglichkeiten gibt, direkt mitzuentcheiden, so kostet es doch einige Zeit, die Parlamentspolitik zu verfolgen, um bei der nächsten Wahl mit allem notwendigen Wissen entscheiden zu können. Doch warum sollte die Politik auf eine kleine Gruppe von Berufspolitikern beschränkt bleiben, wenn der Fortschritt immer mehr Freizeit bringt?!

Dem liberalen Vordenker des 19. Jahrhunderts, John Stewart Mill grauste es vor dem Menschen, der „seinen Lebensplan von der Welt oder von seinem Teil der Welt für sich erwählen lässt“ und „keine Fähigkeit nötig [hat] als die äffische der Nachahmung“. Er folgerte daraus, dass man die Arbeiter\_innenschaft mit einem Klassenwahlrecht von der Regierung fernhalten müsste. Heute ist die Demokratie ein Stückchen weiter, doch solange ein Verhalten aus Mills Albtraum auf dem Arbeitsmarkt honoriert wird, solange wird die Demokratie im Dornröschenschlaf des Parlamentarismus verharren. Vielleicht würde eine Arbeitszeitverkürzung die Zeit zum Aufwachen bringen.

## Freizeit braucht öffentlichen Raum

Mehr Freizeit ist allerdings keine hinreichende Bedingung für ein Aufblühen der Demokratie.

Bereits 1819 warnte der Schweizer Staatstheoretiker Benjamin Constant: „Der modernen Freiheit droht die Gefahr, dass wir, die wir im Genuss unserer persönlichen Unabhängigkeit und in der Verfolgung unserer privaten Angelegenheiten aufgehen, allzu billig unser Recht auf Anteil der politischen Macht hergeben.“ Um einem drohenden „Konsumbiedermeier“ entgegen zu wirken, braucht es also eine Motivation die Freizeit im öffentlichen Raum zu verbringen. Die Möglichkeiten reichen hier von selbstverwalteten Jugendzentren über einen Abbau von Innenstadtverordnungen - in denen Menschen nur als Kunden, aber nicht als Bürger vorkommen - bis zu Foren. Hier muss nicht alles ausgeführt werden.

Welcher Punkt es allerdings wert ist, betrachtet zu werden, ist das Bildungswesen. Dieses kann seiner Aufgabe mündige Bürger\_innen hervorbringen, nur dann nachkommen, wenn Demokratie auch in der Praxis stattfindet. Eine Komprimierung des Unterrichtsstoffes, die keine Möglichkeit lässt, in der Freizeit etwas anderes zu tun, als sich zu erholen, ist hier der falsche Weg. Vom aktuellen Abbau von Mitspracherechten ganz zu schweigen. Wenn es hier nicht zu einem Umdenken kommt, wird die Gesellschaft auch noch weitere Generationen hinter dem Stand der Technik bleiben. Der uns doch schon längst mehr Freizeit geben kann.

*Lasse Klopstein*

## Kommentar

### Grundeinkommen nur für Studis?

*von Philipp Jacks*

**Die Grünen haben auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz einen Antrag diskutiert, der ein Studierenden-Grundeinkommen als BAföG-Ersatz fordert.**

Ein bedingungsloses Grundeinkommen in existenzsichernder Höhe wäre ein feine Sache: der Zwang zur Lohnarbeit wäre aufgehoben - ein Privileg, das bisher den Richkids und ihren Eltern vorbehalten ist. Zwanglosigkeit ist ein wichtiger Faktor für tatsächliche und auch gefühlte Freiheit. Zwar würde die Einführung eines solchen Grundeinkommens

nicht automatisch Gerechtigkeit und Gleichberechtigung mit sich bringen, aber es würde die materielle Grundvoraussetzung für deren demokratische Er kämpfung schaffen. Wer 8 bis 16 Stunden am Tag arbeiten muss, hat keine Energie mehr, um sich für seine politischen Interessen einzusetzen, geschweige denn sich grundsätzlich über sie klar zu werden. Dieses Zwangsverhältnis der bürgerlichen Gesellschaft würde ein Grundeinkommen abschwächen, denn die Menschen könnten sich um ihre eigenen Interessen kümmern, ohne Angst um ihre Existenz (Einkommen) haben zu müssen.

## Grundeinkommen zuerst für Studierende?

Die Grünen diskutieren die Abschaffung des bisherigen BAföGs und aller damit einhergehenden Subventionen für Eltern: „Die meisten Studierenden erhalten abhängig vom Einkom-

men ihrer Eltern weniger Förderung oder überhaupt kein Geld. Über das Kindergeld und den Kinderfreibetrag werden die Eltern von Studierenden subventioniert: Je mehr sie verdienen, desto höher fällt die steuerliche Entlastung aus.“ Stattdessen soll ein Grundeinkommen eingeführt werden, das „allen Studierenden eine bedarfsdeckende Förderung garantiert“.

So weit, so gut. Aber wäre es nicht besser, gleich ein existenzsicherndes bedingungsloses Grundeinkommen für Alle zu fordern, statt studentische Interessenspolitik zu machen und nebenbei wieder die durchschnittlich Bessergestellten mit einem Grundeinkommen zu versorgen, während die breite Masse der Armen rechts liegen bleibt? Ein Blick auf die Gesamtgesellschaft und die Geschichte der

Weiter Seite neun unten ...

# Gescheiterte Klimadiplomatie

**Auf dem Weltklimagipfel in Kopenhagen konnten sich die Staaten nicht auf Klimaschutz einigen, weil Wirtschaftsinteressen immer noch wichtiger sind. Die Klimabewegung stellt das vor neue Herausforderungen**

Wer will Staatsbürgerin der Malediven werden? Klimaaktivist/innen verteilen symbolisch Pässe an die Teilnehmenden der Klimakonferenz im dänischen Kopenhagen. Nicht ohne Grund: Der Inselstaat ist im wahrsten Sinne vom Untergang bedroht: Steigt der Meeresspiegel weiter an, müssen sich die rund 400.000 Einwohner/innen eine neue Heimat suchen. Präsident Mohamed Nasheed ist deshalb überzeugt: Der Temperaturanstieg muss auf 1,5 Grad begrenzt werden. Die Industriestaaten aber wollen das 2-Grad-Ziel festschreiben – und werden vermutlich nicht einmal das erreichen. Für Nasheed ist das inakzeptabel: Er werde keinen „Selbstmordpakt“ unterschreiben, erklärt er in Kopenhagen. Gebracht hat es nicht viel. Das Ergebnis der UN-Konferenz ist weniger als mager. Es gibt einen „Copenhagen Accord“, doch der wird von den Vereinten Nationen bloß als Vorschlag „zur Kenntnis genommen“. Zahlen, welches Land wieviel Treibhausgase einsparen soll, fehlen komplett. Bestrafungsmöglichkeiten bei Nichteinhalten ebenfalls. Auf gut deutsch: Wir wollen den Klimawandel aufhalten, verraten aber nicht wie.

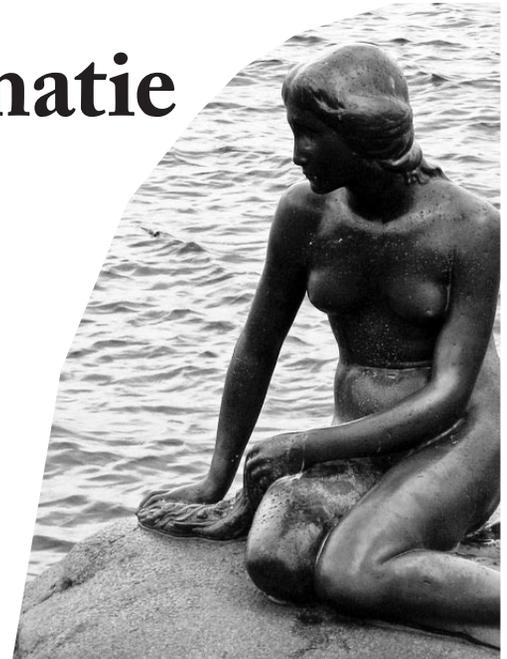
## Höchste Zeit für richtigen Klimaschutz

Dabei wird es höchste Zeit: Im Jahr 2013 läuft das Kyoto-Protokoll aus, danach soll es ein neues Abkommen geben. Damit es rechtzeitig in Kraft treten kann, sollte eigentlich der Dezember 2009 die letzte Deadline für die Unterzeichnung sein. Doch mal wieder sind die Verhandlungen gescheitert.

Die USA wollen zunächst ihr eigenes Klimagesetz verabschieden, bevor sie sich international zu Treibhausgas-Reduktionen verpflichten. Außerdem möchten sie, dass auch China als weltweit größter Produzent des Klimagifts CO<sub>2</sub> mitmacht. China hingegen beharrt darauf, dass vor allem die Industrieländer für den Klimawandel verantwortlich sind. Der Pro-Kopf-Ausstoß ist dort auch deutlich höher. Die Europäische Union beteuert zwar, sie wolle ein „ambitioniertes“ Abkommen, ist aber nicht bereit, von sich aus die Emissionen um 30 oder gar 40 Prozent zu senken. Die kleinen Inselstaaten und afrikanische Länder, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, hoffen auf effektiven Klimaschutz, haben aber keine Druckmittel.

## Wirtschaftliche Interessen

Das eigentliche Problem ist, dass die Länder immer noch die Interessen ihrer Wirtschaft vertreten. Klimaschutz bedeutet eben Mehrkosten und das schmälert den Profit. Dass Kli-



maschutz längst nicht mehr das Öko-Thema ist, hat sich in Kopenhagen auch dadurch gezeigt, dass über 100 Staats- und Regierungschefs angereist sind.

Und natürlich durften auch die Lobbyisten nicht fehlen.

Die größte Nichtregierungsorganisation (NGO) in Kopenhagen war die Internationale Emissionshandel-Vereinigung IETA, in der die großen Verschmutzer-Industrien zusammengeschlossen sind. 500 waren angereist. Auch auf den beiden Vorgänger-Konferenzen stellte der Industrieverband mehr Vertreter als jede andere NGO.

*Weiter Seite 11 ...*

Studierendenstreiks zeigt, wie wichtig es ist, dass gerade die Studierenden über ihren Tellerrand hinausschauen und nicht nur ihr eigenes Süppchen kochen.

## Der Blick über den Tellerrand

Einen anderen Ansatz für einen ersten Schritt in Richtung globaler sozialer Rechte hat zum



Beispiel die internationale Menschenrechtsorganisation FIAN vorgelegt: ein weltweites Grund-Nahrungseinkommen, das allen Menschen genug Geld für drei einfachste Mahlzeiten pro Tag garantiert (also die Freiheit von absoluter Armut). Es könnte ohne weiteres aus den westlichen Entwicklungshilfebudgets finanziert werden, der Vorschlag von FIAN sieht allerdings eine andere, gemeinsame Finanzierung vor.

Da in vielen armen Ländern die dadurch geschaffene Freiheit von Hunger und Mangelernährung auch die Teilhabe an der (kaum vorhandenen kommerziellen) Kultur ermöglichen würde, käme dies von der Wirkungskraft schon dem sehr nahe, was in Deutschland nur ein Grundeinkommen in Höhe der relativen Armutsgrenze gewährleisten könnte. Hier zeigt sich auch der enorme Unterschied

zwischen den ärmsten und den reichsten Ländern: Nach offizieller EU-Definition verläuft die Armutsgrenze (für relative Armut) bei 60 Prozent des so genannten Nettoäquivalenzeinkommens (ein auf Grundlage eines bestimmten Warenkorb gewichteter Durchschnittswert). Für die Bundesrepublik liegt diese Schwelle für einen erwachsenen Single gegenwärtig bei 934 Euro - netto wohl-gemerkt. Dies müsste die Mindesthöhe einer jeden Grundsicherung sein - ob Grundeinkommen oder Hartz IV - wenn sie nicht Armut per Gesetz sein soll.

Ausführliche Informationen zu Grundeinkommen - inklusive dem FIAN-Konzept - finden sich in der Magisterarbeit des Autors auf [www.jacks.cc](http://www.jacks.cc) sowie in der sehr umfangreichen Sammlung auf [www.archiv-grundeinkommen.de](http://www.archiv-grundeinkommen.de)

# Eierlegende Wollmilchsäue

**Inwieweit kritischer Konsum in einer kapitalistischen Welt etwas ändern kann, sei mal dahingestellt. Aber spätestens seit dem Lied von Funny van Dannen wissen wir: „Gutes tun ist gar nicht schwer“. Keine japanischen Autos mehr kaufen, öfter zu Fuß gehen, bewusster atmen – und gesunde Sachen essen.**

Wer so toll singt, muss recht haben. Gesund? Das ist Obst und Gemüse, oder? Noch gesünder ist bestimmt Bio-Zeug. Darüber streiten nun je eine britische und eine deutsche Studie. Aber wenn's nicht das Gesunde ist, was ist dann überhaupt gut "an bio?"

Was will mensch denn eigentlich, wenn zu Bioprodukten gegriffen wird? Ist es das „Gesunde“? Geht es darum, sich eine tägliche Dosis Pestizide und Schwermetalle zu sparen? Und erliegt mensch dabei nicht dem übertriebenen Gesundheitswahn? Dabei kann es bei all dem Guten gar



nicht so schwer sein. Mensch stelle sich vor: ein fair gehandeltes, unbehandeltes, lokales, nicht genmanipuliertes, nachhaltiges erzeugtes und je nach Vorliebe auch tiergerechtes Produkt. Wow. Nur wie erkenne ich diese eierlegende Wollmilchsäue? Bei so viel Gutem auf einmal und so vielen verschiedenen Siegeln und Marken, die solches erkennen lassen wollen, wird Gutes tun eben schwerer.

Eine Erdbeere etwa, die sich mit dem deutschen staatlichen Biosiegel schmückt, könnte 2000 km aus der Gegend zwischen Almeria und Mala-

ga in den hiesigen Supermarkt gekarrt worden sein. Bewässert aus illegal gebohrten Brunnen, bei Lohnprellung für die dort arbeitenden illegalen Migrant\_innen und mit aus konventionellen Betrieben stammender Gülle gedüngt. Klar: Grundwasserspiegel sinkt bedrohlich, von fairem Handel keine Spur und die Dünger liefernden Tiere durften mit gespritztem, aus Brasilien importiertem, Schwermetall-belasteten Gen-Soja gefüttert werden. Aber laut EG-Öko-Verordnung: alles bio!

Wer zu Schokocreme oder Schweinswurst greift, weil darauf „Öko-Test: gut“ steht, muss wissen: Öko-Test hat mit bio erstmal nichts zu tun. Es werden vielleicht Schadstoffbelastungen getestet, aber die Wege von der Eizelle in die Pelle spielen u. U. keine Rolle. Die Kriterien hier werden jedes mal von den Redakteur\_innen neu festgelegt. Bio (im Sinne der EG-Öko-Verordnung) wird nicht bevorzugt.



Aber wer macht's besser? Das überregional handelnde Bioland hat sich bspw. strengere Richtlinien auferlegt. So darf etwa auf einem vorher konventionell genutzten Feld nur nach Überprüfung ein Bioland-Produkt angebaut werden – etwas, dass das Biosiegel auch nicht regelt.

Der Demeter-Verband, dessen Geschichte und Selbstverständnis sich über die Müsligeneration bis zu Rudolf Steiner zurückverfolgen lässt, gilt als der Hardliner in der Reihe der Bio-Marken. Bei ausschließlicher eigener Saatgutzüchtung, Ausschluss von natürlichen Aromen sowie fairen Preisen für Produzent\_innen, bekommt mensch dann den in der richtigen Mondphase geernteten Kohlkopf.

Der Betrieb muss zudem komplett auf Demeter-kontrollierte Bioproduktion umgestiegen sein; die Grenzwerte – sei es das Huhn pro Quadratmeter oder der Menge an Dünger – sind die striktesten auf diesem Feld.

Aber genug von Kohlköpfen! Schokolade gehört bei vielen schließlich eher auf den Speiseplan als Sauerkraut. Die Auswahl hier ist gigantisch, wenige nur haben das TransFair-Logo. Der gemeinnützige Verein TransFair selbst vertreibt

nichts, sondern vergibt nur das Siegel. Neben viel anderem spielen hier vor allem Selbsthilfe-Initiativen und direkte, faire Handelsbeziehungen eine Rolle. Die Arbeit zielt auf Nachhaltigkeit ab und eine Umstellung auf eine ökologische Produktion (nach EG-Öko-Verordnung) werden angestrebt. Darüber hinaus sind der Schutz der Flora und Fauna inkl. Gewässer, eine Abfallentsorgung und Energiesparen geltende Mindestanforderungen. Da dies alles nur schrittweise in den Betrieben umgesetzt wird, sind nicht alle TransFair-Produkte zwangsläufig bio. 2006 trugen zunächst 64% auch das staatliche Bio-Siegel – Tendenz steigend.

Ob „bio“ für die Menschen hinter der Ware sorgt, ist nicht partout gegeben. Ist einem das Wohlergehen der des Kakaoplücker\_in dennoch ein paar Cent wert, so schau mensch sich am besten nach lokal-organisierten Partnerschaftsprodukten um, wobei das TransFair-Logo eine Orientierung bietet. Es sei dennoch angemerkt, dass selbst der die „illegale“ Feldarbeiter\_in bei einfachen Bioprodukten immerhin keine Pestizide ohne Schutzkleidung austragen muss.



Ein mittlerweile populärer Weg „etwas Gutes zu tun“, ist natürlich das von Freeganer\_innen propagierte Containern oder Dumpster-Diving. Dabei freut mensch sich gewaltig, wenn mensch aus der Supermarktmülltonne ein Bund noch bekömmlicher Radieschen zieht, da mensch „das System“ durch Nachfrageentzug strafft, ihm ein Schnippchen geschlagen hat... Dass auch bio-Äpfel und Gepa-Schokoriegel ihren Weg in die Tonne finden, ist für den Finder jedoch Grund genug, sich deren Kauf eventuell zu sparen.

Also: Wenn mensch sich bei Gelegenheit mal überlegt hat, was seine ihre Motivation ist, kann mensch sich einen Teilbereich des „Guten“ suchen und darauf beim Einkauf Wert legen. Ob für's Gewissen, den Geldbeutel, den Glauben an Marktsteuerung durch Nachfrage oder eben das Lächeln des Teeplücker\_innen-Kindes ist (sarkastisch formuliert, jedoch ehrlich gemeint). Klar ist lediglich, der Weg hin zu unserer eierlegenden Wollmilchsäue ist bestimmt weiter als in den Weltladen. Bis dahin kann mensch jedoch gern zu einem Salat aus eigenen Balkontomaten bei mir vorbeischaun.

*Josse Straub*

Weiterführende Links:

Einen kleinen Vergleich bietet:

<http://www.qualimedic.de/oekoverbaende.html>

Und Defizite des Bio-Siegels zeigt:

<http://www.biooooo.de/ueberbioundkontrollverbaende.html>

Ich darf gestehen:

Bei meinen Balkontomaten hilft mir

<http://www.bio-gaertner.de>

# Recyclingversprechen und Müllberge

Seit 18 Jahren ist es da und mit dem Grünen Punkt auf fast allen Verpackungen stets präsent: Das Duale System Deutschland (DSD), das im Zuge der Verpackungsverordnung Anfang der 1990er Jahre eingeführt wurde. Während Länder wie z.B. Frankreich wenig bis gar nicht Müll trennen, gehört es in Deutschland seither zum guten Ton – und wird von vielen als aktiver Beitrag für den Umweltschutz gesehen. Doch kann eine konsequente Sortierung wirklich die Abfallberge verkleinern?

Durchschnittlich 580 kg Müll produzierte jede\_r Deutsche pro Jahr. Rein rechnerisch hat sich der Abfall in den letzten Jahren trotz Grünem Punkt stets vermehrt und nicht verringert. Die Menge wird jedoch getrennt: Separat gesammelt werden Papier, Glas, Restmüll, biogene Stoffe, Sondermüll sowie eben Verpackungs- und Verbundstoffe, die den Grünen Punkt tragen.

Alle theoretisch wiederverwertbaren Stoffe dürfen das Siegel tragen. Bei seiner Erfindung griff die Industrie dem Umweltministerium kräftig unter die Arme. Verpackungen, die früher auf dem Müll landeten, kommen heute in die gelbe Tonne und sind nun „umweltfreundlich“. Das DSD sollte eine Antwort auf die anwachsende Müllmenge sein. Hierdurch werden jedoch mehr Verpackungen produziert – sie tragen jetzt den Grünen Punkt und mensch kann sie scheinbar ruhigen Gewissens kaufen und entsorgen. In Wirklichkeit wird der Müll vor allem erst einmal von den Firmen des DSD getrennt und umhergefahren, in ganz Deutschland, zu verschiedensten Anlagen.

## Umweltfreundlich um die Welt

Oft wird behauptet, der Inhalt des gelben Sacks würde recycelt. Das hieße aber, dass gleich- oder höherwertige Dinge aus den alten Joghurtbechern und Plastiktüten hergestellt werden. Dies ist nur sel-



ten möglich. Wenn die Verpackungstoffe überhaupt verwertbar sind, dann kommen sie ins Downcycling – sie werden also zu geringwertigeren Produkten verarbeitet. Ein großer Teil des Verpackungsmülls wird jedoch, nachdem er unter hohem CO<sub>2</sub>-Ausstoß zum Sortieren und Pressen quer durch Deutschland gefahren wurde, entweder in sogenannten „Entsorgungsparks“, also Müllkippen, deponiert, oder vom Unternehmen DSD gewinnbringend z.B. nach China exportiert. Der Handel mit Müll verspricht viel Profit. Hinter jedem Schritt auf dem langen Weg des Verpackungsmülls steht für das Unternehmen DSD bares Geld – mit dem Etikett eines aktiven Beitrags zum Umweltschutz.

Bemerkenswert ist auch, wer die Kosten für das ganze System trägt. Das DSD wirbt für Mülltrennung: Restmüll sei der teuerste Abfall, wohingegen die Abfuhr des gelben Sacks kostenfrei bleibe. Verschwiegen wird dabei, wie diese Leerung bezahlt wird: Dies geschieht bereits beim Einkauf von verpackten Produkten. Auf den Preis wird der Verpackungszuschlag draufgezahlt. Umgerechnet auf die einzelnen Verpackungen entsteht somit nur ein sehr geringer Betrag pro Produkt, weswegen es auch bei Einführung des Grünen Punkts keinen grossen Aufschrei wegen erhöhter Preise gab. Der Betrag ist so gering, dass er beim Einkaufen nicht bewusst wird und scheinbar nicht ins Gewicht fällt. Dennoch fließt er in die Kasse der dem DSD angeschlossenen Firmen. Auch die Novellierung der Verpackungsverordnung im Januar 2009 möchte einen „faireren Wettbewerb“ rund um das Müll-Geschäft etablieren und brachte ansonsten nur etwas strengere Lizenzierungsvorschriften. Vielleicht wird sie genauere Zahlen über die im Umlauf befindlichen Verpackungen bekannt machen, nicht aber deren Menge verringern.

Wie sollte dies auch möglich sein? Die Umweltschonen kann nur, wer konsequent Müll vermeidet, wo immer es möglich ist. Dass entstandener Abfall nach verwertbaren und nutzlosen Abfällen getrennt wird, ist zwar durchaus sinnvoll. Nur müssen auch genügend Recycling-Möglichkeiten bereit stehen und darf deren Kapazität nicht maßlos überstiegen werden, so wie es trotz Einführung des DSD seit Jahrzehnten der Fall ist.

Anika Niggeweg

ANZEIGE

Von kritischen Lesern empfohlen!

**utopia**  
herrschaftslos gewaltfrei  
NATO - Die Struktur des westlichen Militarismus  
Hinter Gittern  
Die Lüge der Atomkraft

**utopia**  
herrschaftslos gewaltfrei

Kostenlos lesen auf:  
[www.jugendzeitung.net](http://www.jugendzeitung.net)

Weiterführung von Seite 9

## Herausforderungen für die Klimabewegung

Wie kann es weitergehen nach Kopenhagen? Die Großdemo mit 100.000 Teilnehmenden war ein guter Startschuss für eine globale Klimabewegung. Doch bis zur nächsten Klimakonferenz in Mexiko können Klimaengagierte auch zu Hause jede Menge machen.

In Deutschland sind immer noch 10 neue Kohlekraftwerke im Bau, 15 weitere sind geplant. Sollten die tatsächlich gebaut werden, wären sämtliche Klimaziele faktisch unerreichbar. Einige Neubaupläne konnten durch lokalen Protest schon gestoppt werden. Auch die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken würde sich langfristig negativ auf das Klima auswirken. Denn sie verhindern den Ausbau der erneuerbaren Energien und nur die können auf Dauer für klimafreundlichen Strom sorgen. Es bleibt also noch viel Arbeit.

Felix Werdermann

Felix Werdermann

(Artikel erscheint ähnlich in der aktuellen Utopia)

# Die richtigen Netze für Erneuerbare Energie

**Sozialismus bei den Stromnetzen? Fast 10.000 Unterschriften sind zusammen gekommen, die Stromnetze in öffentlicher Hand fordern. Gesammelt wurden sie unter anderem von den GlobalisierungskritikerInnen von Attac, vom Bund der Energieverbraucher und der Umweltorganisation Robin Wood. Inzwischen ist ein Jahr vergangen, passiert ist nichts, doch die Frage nach den Stromnetzen bleibt aktuell – insbesondere für Umweltschützer.**

Das richtige Stromnetz ist entscheidend für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Umweltfreundliche Energie wird in Deutschland dezentral produziert, das heißt an vielen verschiedenen Orten im ganzen Land. Die entsprechende Verkabelung fehlt aber bislang. Konkret führt das dazu, dass zum Beispiel Windräder an der Nordsee immer wieder abgeschaltet werden müssen, weil ihr Strom nicht in den Süden transportiert werden kann und im Norden ein Überangebot herrscht.

Die vielen Windkraftanlagen müssen also Zugang zum Hochspannungsnetz erhalten. Die Planungen ziehen sich seit Jahren hin. Netzbetreiber Eon beteuert, dass „mit Hochdruck“ daran gearbeitet werde, aber die Genehmigungsverfahren dauerten eben ihre Zeit. Eon kommt das ganz gelegen. Schließlich kann der Energiekonzern so lange den Strom aus den eigenen Atomkraftwerken in den Süden leiten. Sobald das Netz ordentlich ausgebaut ist, müsste der Windstrom eingespeist werden, denn regenerative Energien haben Vorfahrt, so will es das Gesetz.

Ob Eon sich daran hält, ist jedoch eine andere



Frage. Und auf die hat wohl niemand eine eindeutige Antwort, denn Eon wird immer mit der Netzstabilität argumentieren können. Das bedeutet, dass immer genauso viel Strom ins Netz eingespeist werden muss, wie verbraucht wird. Und das wird schwierig, wenn sich fossile und erneuerbare Kraftwerke abwechseln sollen: Die großen Kohle- und Atomkraftwerke können nämlich nicht beliebig an- und ausgeschaltet werden, weil sie dafür eine längere Zeit brauchen. Ein bisschen Wahrheit ist also dran an dem Argument der Netzstabilität. Aber ob es wirklich ausschlaggebend ist, wenn Wind und Sonne abgeklemmt werden?

**Energiekonzerne: Netzbetreiber und Stromerzeuger zugleich**

Das eigentliche Problem besteht darin, dass Eon Netzbetreiber und Stromerzeuger zugleich ist. Man stelle sich vor, das deutsche Straßennetz würde VW, Opel und BMW gehören. Und diese Unternehmen regelten, wann welche Autos wo fahren dürfen. Bei der Elektrizität gibt es tatsächlich eine ähnliche Situation. Fast das gesamte Netz gehört dem Energie-Oligopol aus Eon, RWE, EnBW und Vattenfall. Jeder Konzern hat seine Region, dort ist er auch bei der Energieerzeugung Quasi-Monopolist. Offiziell sind die Netzbetreiber zwar verpflichtet, allen Stromanbietern einen „diskriminierungsfreien Zugang“ zu verschaffen, aber ein Verstoß ist schwer nachzuweisen.



Die EU-Kommission – Generaldirektion Wettbewerb – versucht das schon seit Jahren. Wenn es nach ihr ginge, wären Erzeugung und Netze schon längst getrennt. Doch dies wird von der deutschen Politik nicht umgesetzt. Und natürlich ist auch bei der EU-Kommission nicht alles Gold, was glänzt. Ihr Vorschlag: Andere Privatunternehmen könnten sich um die Stromnetze kümmern. Er reiht sich in die marktförmige Politik der EU nahtlos ein.

Selbst in der Wirtschaftswissenschaft gelten Stromnetze als natürliches Monopol. Bei Infrastruktur macht es eben keinen Sinn, die Aufgaben an konkurrierende Unternehmen zu delegieren. Hier muss geplant werden – auch langfristig. Bei den Stromnetzen könnte dabei auch noch einiges für den Klimaschutz herauspringen – wenn die Politik die Weichen für den Ausbau der erneuerbaren Energien richtig stellt.

*Felix Werdermann*

## ANZEIGE



**LE MONDE** diplomatique  
**ATLAS der GLOBALISIERUNG**  
Sehen und verstehen, was die Welt bewegt

**DER NEUE**

Mit einer Einführung von Wirtschaftsministerin Brigitte Bierlein  
200 neue Karten und Grafiken  
aktuelle UN-Konventionen, Philipp Reuber

### Antworten auf die Fragen der Welt

**Gebundene Luxusausgabe**  
**Atlas der Globalisierung für 23 €**  
Mit herausnehmbarer Karte „Die Welt von morgen“.  
CD-ROM für Windows, Mac und Linux, mit allen Texten, Karten und Schaubildern als Einzeldateien.  
300 neue Karten und Grafiken.  
216 Seiten, Format 23,5 x 30,5 cm  
ISBN 978-3-937683-25-6

**Großformatiges Paperback**  
**Atlas der Globalisierung für 13 €**  
300 neue Karten und Grafiken  
216 Seiten, Format 22,5 x 29,9 cm  
ISBN 978-3-937683-24-9

**Bestellen Sie unter:**  
**Telefon (0 30) 2590 21 38**  
**tazshop@taz.de**  
**www.monde-diplomatique.de**

**Nichts mehr verpassen.**

Folgen sie uns auf Twitter [http://twitter.com/monde\\_diplo](http://twitter.com/monde_diplo)  
Werden sie unser Fan auf Facebook.



**LE MONDE** diplomatique  
Der globale Blick

# Soldat (m/w) gesucht

## Die Bundeswehr sucht verzweifelt nach neuen Rekrutinnen und Rekruten.

„Gut ausgebildete, gleichermaßen leistungsfähige wie leistungswillige Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Grundvoraussetzung für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr“, heißt es im aktuellen „Weißbuch 2006 – zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ des Verteidigungsministeriums. Trotz eines generellen Personalabbaus beziffert die deutsche Armee ihren Personalbedarf mit jährlich 20.000 jungen Frauen und Männern.

Schon immer hatte die Bundeswehr durch tausende Zeitsoldatinnen und -soldaten eine stark fluktuierende Personalstruktur – nun bleibt jedoch der Nachwuchs aus. Viele junge Leute sind entweder nicht „tauglich“ für den Dienst an der Waffe oder verweigern. Die Attraktivität des Kriegsdienstes nimmt bei ihnen trotz stetig steigendem Sold nicht zu – der gefährliche Bundeswehreinsatz in Afghanistan schreckt zu sehr ab. Zudem macht es die Demografie – immer geburtenschwächere Jahrgänge – der Armee schwer genug, neue Rekrutinnen und Rekruten zu finden.

### Fachkräftemangel auch bei der Armee

Auch die Fachkräfte kehren der Armee immer öfter den Rücken: Der Bundeswehr mangelt es zur Zeit an 429 Sanitätsoffizieren. Allein 2008 verließen 97 Medizinerinnen und Mediziner die Armee. Das stellt die Bundeswehr vor ein großes Problem: Durch gefährliche Militäreinsätze im Ausland steigt der Bedarf an ärztlicher Versorgung. Wegen mangelnder Attraktivität – vor allem das hohe gesundheitliche Risiko und die starke Konkurrenz durch die zivile Wirtschaft – bleiben Mediziner der Bundeswehr aber immer öfter fern.

Schon im Jahr 2008 versuchte die Bundeswehr neue Medizinerinnen und Mediziner von der Zivilwirtschaft abzuwerben. Die Armee war beispielsweise mit Messständen auf dem Kongress der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung der Intensivmedizin in Hamburg und dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie in Berlin vertreten. 2009 versucht die Bundeswehr auf einem Anästhesiekongress in Leipzig und einem Kongress für Orthopädie und Unfallchirurgie in Berlin neue Ärzte zu werben – die bisherigen Werbemaßnahmen

sollen bei den Akademikerinnen und Akademikern jedoch nur mäßigen Erfolg gehabt haben.

### Werbung an allen Fronten

Doch die Bundeswehr sucht nicht nur neue Medizinerinnen und Mediziner an ihren Messständen. Auch junge Leute sollen vom Dienst an der Waffe überzeugt werden – und zwar nicht nur auf Messen. Auch auf öffentlichen Plätzen, an Schulen und in Jugendeinrichtungen wirbt die Armee. Dazu hat die Bundeswehr gleich eine ganze Palette eigener Werbeveranstaltungen und Rekrutierungsmedien erstellt: „KarriereTrucks“ rollen quer durch die Republik, Jugendoffiziere halten an Schulen Vorträge über die Legitimation deutscher Streitkräfte, in Arbeitsämtern machen Wehrdienstberater ihr Büro auf, eigene Bundeswehr-Jugendsportfeste laden zur kostenlosen Teilnahme ein und gleich auf zwei Rekrutierungsportalen sucht die deutsche Armee neuen Nachwuchs im Internet. Um einen ersten Kontakt zu jungen Leuten herzustellen, wirbt die Bundeswehr aber auch verstärkt in zivilen Jugendmedien, schaltet beispielsweise Werbeanzeigen in Deutschlands größter Schülerzeitung, dem *Spiesser*, mit einer Auflage von einer Million Exemplaren oder dem Jugendmagazin *Bravo*.

### Zukunftsperspektive

Die Werbemaßnahmen zur Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr sind schon heute enorm und werden wohl weiter zunehmen. Die Armee nimmt zu ihrem Werbefeldzug nur ungern Stellung: Da von der Bundeswehr gezielt Kinder angeworben werden – sogar schon 10-Jährige – sind Kinderrechtsorganisationen aufmerksam geworden. „Aus unserer Sicht ist es fatal wenn sich schon Kinder für das Militär begeistern“, so Ralf Willinger vom Kinderhilfswerk „*terre des hommes*“. Gerade die „kindliche Begeisterung für Waffen und Technik“ sei eine einfache Möglichkeit, junge Menschen für das Militär zu gewinnen, erklärt der Experte für Kindersoldaten.

Für Antimilitaristen ist das nur ein Grund mehr, den olivgrünen Werberinnen und Werbepersonen etwas entgegenzusetzen.

*Michael Schulze von Gläßer*



Weitere Informationen:

[www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

[www.bundeswehr-wegtreten.org](http://www.bundeswehr-wegtreten.org)

[www.kehrt-marsch.de](http://www.kehrt-marsch.de)

Für Wehrpflichtberatungen wendet Ihr Euch am besten an die Kampagne gegen Wehrpflicht und Zwangsdienste:  
[www.kampagne.de](http://www.kampagne.de)

# Meine Behinderung gehört mir

**Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen empfiehlt den Staaten mehr Gleichberechtigung.**

Nennen wir sie Julia. Julia ist acht und lebt mit ihren Eltern und ihrem kleinen Bruder in einem Reihenhaus am Rand einer Kleinstadt. Eigentlich könnte Julia einen ganz normalen Achtjährigen-Alltag haben. Doch für Julia gibt es andere gesellschaftliche Maßstäbe als für Durchschnitts-Achtjährige, denn Julia hat eine Behinderung.

zusammen mit anderen behinderten Kindern. Dort ist nun alles barrierefrei, und es sei für sie doch auch viel besser, mit ihrer „Peer Group“ zusammen zu sein, meinen die FörderlehrerInnen. Julia sieht das anders, sie wäre lieber auf einer gemischten Schule. Ihre Eltern sind auch nicht begeistert von der Förderschule. Wird Julia jemals den Hauptschulabschluss schaffen? Ein-

Pakt beinhaltet Themen wie Bildung, Arbeit, Barrierefreiheit, Schutz vor Diskriminierung, aber auch Grundlegendes wie ein Recht auf Leben, Achtung der Privatsphäre und Schutz vor Gewalt und sexuellem Missbrauch. Eigentlich könnte man sich verwundert die Augen reiben, dass solche Sätze offenbar immer noch in ein solches Dokument gehören: „Die Vertragsstaaten bekräftigen, dass Menschen mit Behinderungen das Recht haben, überall als Rechtssubjekt anerkannt zu werden“. Es soll sichergestellt werden, dass Menschen mit Behinderung Eigentum besitzen dürfen, dass sie ihren Aufenthaltsort frei bestimmen können und dass niemand ungefragt medizinische Versuche an ihnen vornehmen darf. Grundlegende Bedürfnisse und Lebensweisen also, durch die man durch eine UN-Charta erst einen Rechtstitel zugesprochen bekommen soll. Menschenrechte verweisen immer auch darauf, was weltweit in dieser Gesellschaft offenbar keine Selbstverständlichkeit ist.

Ob sie als Rechtssubjekt anerkannt werden, ist für viele Menschen mit Lernschwierigkeiten und geistigen Behinderungen jedenfalls ungewiss. Julia könnte, wenn PsychologInnen und ÄrztInnen das so entscheiden, einen Vormund zugesprochen bekommen, der über ihre Geschäfte und Verträge entscheidet. Und auch ob Julia in ihrem Leben vor Gewalt und Missbrauch sicher ist, ist fraglich. Studien zeigen, dass über 60 Prozent aller Frauen mit Behinderungen einmal oder mehrmals in ihrem Leben Opfer von sexualisierter Gewalt werden. Gerade Frauen mit Lernschwierigkeiten, die in Einrichtungen für Behinderte arbeiten und wohnen, sind überdurchschnittlich gefährdet.

Ist die UN-Konvention also der Silberstreif am Horizont? Wenn man sich anguckt, wie wenig bisher andere Menschenrechts-Konvention dazu beigetragen haben, Gewalt und Unterdrückung zu verhindern, dürfte man da pessimistisch sein. Andererseits setzt die geforderte nationale Umsetzung der Konvention das Thema immer wieder auf die politische Agenda, wie zuletzt im Koalitionsvertrag. Ob es für sie etwas ändern wird? Da muss sich Julia wohl überraschen lassen.



Eigentlich sind es mehrere Behinderungen: Richtig gut laufen konnte Julia noch nie, und auch in der Schule kommt sie nicht so richtig mit. Die ÄrztInnen sagen, sie habe eine Lese-Rechtschreibschwäche. Ihre Beine und Arme kann sie nicht so gut bewegen – vielleicht hat sie bei der Geburt zu wenig Sauerstoff bekommen, keiner weiß das so genau. Und eigentlich ist Julia das auch ziemlich egal. Was für sie zählt, ist, dass sie deshalb seit zwei Jahren nicht mehr mit ihrer Freundin Rosa auf die Grundschule gehen kann. Julia sei einfach zu langsam, sagten die LehrerInnen. Auch mit dem Rollstuhl, den Julia seit kurzem benutzt, hatte die Schule ein Problem. Was, wenn Julia in die 5. Klasse kommt – die Räume sind im oberen Stockwerk und die kann man ja nicht so einfach verlegen. Ein Fahrstuhl sei unbezahlbar. Deshalb geht Julia jetzt auf eine Förderschule,

mal Förderschule, immer Förderschule, lautet das ungeschriebene Gesetz der Sondererziehung. Und was kommt nach der Förderschule? Natürlich die Werkstatt für Behinderte. Menschen, die in ihrer Kindheit als „geistig behindert“ einkategorisiert wurden, landen als Erwachsene zu über 93 Prozent in der Werkstatt für Behinderte. Der Durchschnittslohn dort beträgt monatlich rund 150 Euro.

Aussortiert auf die Spezialschule, weil nur normierte SchülerInnen in der Regelschule eine Chance haben – das soll es bald nicht mehr geben. Zumindest, wenn es nach dem „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ geht. Die neue UN-Konvention, die weltweit am 3. Mai 2008 in Kraft trat, will behinderten Menschen umfangreiche Rechte zusichern. Der internationale

# Mit Qualitätsjournalismus gegen Krise und Ausbeutung

Die Printmedien befinden sich in einer schweren Krise: Die Einnahmen aus Anzeigenverkäufen sind seit Jahren rückläufig, zugleich brechen die Abozahlen ein, insbesondere die jungen Leserinnen und Leser suchen ihre Nachrichten kostenlos im Internet.

## Strikter Sparkurs

Eine Strategie, die ihr ökonomisches Überleben sichert, haben die meisten Verlage noch nicht gefunden. Auch nach Jahren gibt es kein tragfähiges Modell, mit dem sich im Internet dauerhaft Geld verdienen ließe. Stattdessen herrscht in den Redaktionshäusern ungebrochen strikter Sparzwang. Unter dem steigenden Marktdruck werden tiefgehende interne Umstrukturierungen vorgenommen: ganze Ressorts werden eingestellt, Redaktionen zu sogenannten News-Rooms zusammengelegt und Zeilenhonorare über die Schmerzgrenze hinaus gekürzt.

Diese Entwicklung spitzt sich in der derzeitigen Wirtschaftskrise zusätzlich zu: Jüngst hat zum Beispiel die WAZ-Gruppe bei ihren vier NRW-Titeln 300 der knapp 900 Redaktionsstellen gestrichen.

## Die Ausbeutung der „Freien“

Einsparungen, Entlassungen und Outsourcing: Die Einschnitte in den Verlagshäusern verschärfen vor allem die Arbeitsbedingungen einer zugleich wachsenden Berufsgruppe, die der freien Journalistinnen und Journalisten. Allein in den vergangenen zehn Jahren dürfte sich ihre Zahl, so schätzt der Deutsche Journalistenverband (DJV), auf etwa 25.000 verdoppelt haben. Freie Journalisten verfügen über kein geregeltes Einkommen und erhalten ihre Honorare bemessen an den gedruckten Zeilen. Der Zeitaufwand, um für eine gute Story zu recherchieren, wird nicht berücksichtigt. Darüber hinaus sind die Freien aufgrund der erdrückenden Marktkonkurrenz gezwungen, Knebelverträge anzunehmen, mit denen sie sämtliche Rechte an ihren Texten, und damit die Möglichkeit der Zweitverwertung an die Verlage abtreten. Dementsprechend gering fällt auch das Einkommen dieser Autorengruppe aus: Laut einer Umfrage des DJV verdient eine freier Zeitungs-

journalist monatlich im Durchschnitt etwa 1500 Euro, brutto wohlgermerkt.

Ein „Freier“ wird sich somit gut überlegen, ob er für wenige hundert Euro wochenlang einer aufwendigen Story nachgeht. Zumal es – weitaus besser bezahlte – Ersatzangebote gibt: Denn die Leistungen freier Autoren werden mehr und mehr auch von Unternehmen und Lobbyorganisationen nachgefragt.



So hat die neoliberale Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft kürzlich drei Journalisten für das Projekt „Deutschland 24/30“ angeheuert, die „der sozialen Marktwirtschaft gegenüber positiv eingestellt und einem unternehmerischen Auftraggeber gegenüber aufgeschlossen sind.“ Sie sollten der Frage nachgehen, was aus der „guten alten Sozialen Marktwirtschaft“ geworden sei. Die Reportage dürfte am Ende im Sinne der Auftraggeber gewesen sein: Schließ-

lich beißt niemand die Hand, die einen füttert.

## Den Teufelskreis durchbrechen

Solange Journalismus als Folge der Ausbeutung von politischer oder privatwirtschaftlicher Seite zu Schleuderpreisen käuflich ist, werden die unmoralischen Angebote der Lobbyorganisationen zunehmen und der Unterschied zwischen Journalismus und interessengeleiteter PR weiter verschwimmen.

Der Wettlauf nach unten verwandelt sich damit in den freien Fall: Wenn billiges Infotainment und PR unabhängigen und investigativen Journalismus aus den Spalten verdrängt, ist die Glaubwürdigkeit des Zeitungsjournalismus selbst in Gefahr. Die Leser werden weiter abwandern und im Internet Alternativen suchen, die Anzeigenkunden werden ihnen folgen.

Der Ausweg aus dieser mehrdimensionalen Medienkrise ist jedoch denkbar einfach: Es ist ein Irrtum anzunehmen, journalistische Qualität gebe es zum Nulltarif. Längst hat die Diskussion über die Zukunft des Journalismus sowie unterschiedliche Erlösmodelle, vom sogenannten Micro-Payment (Zahlungsverfahren im Niedrigpreissegment) bis hin zur Kulturflaute (Pauschalabgabe an Internetanschlüsse), an Fahrt gewonnen. Allein auf diese Weise können Verlage aus der Abwärtsspirale ausbrechen, investigative Recherchen gefördert und nicht zuletzt auch die Ausbeutung der freien Journalisten gestoppt werden.

Daniel Leisegang

## ANZEIGE

Heftzeitung 1,00 €  
 für alle 1000 €

2'10

**Blätter für deutsche und internationale Politik**

**Gefangener im Weißen Haus**  
Norman Birnbaum

**Die Plünderung des Staates**  
Werner Rügemer

Afghanistan und Pakistan:  
Obama vor dem Scheitern?  
Hans-C. von Sponeck

Der Fall Honduras  
Benedikt Böhm

Umschichter Baltasar Garçon  
Herbert Pfandt

Demokratie wagt!  
Gewerkschaftspolitik wider die Krise  
Martin Allaspach, Alex Demirovic  
und Lutz Westzel

Die Wegesjerrten  
Sicherungsverwaltung als System  
Jan Pebrke

**Die Plünderung des Staates**

Die „Blätter“ 2/10 mit Beiträgen zu:

- Gefangener im Weißen Haus
- Der Fall Honduras
- Bankenregulierung? Fehlanzeige!
- Gewerkschaftspolitik wider die Krise

Jetzt kostenlos Probeheft bestellen:  
[www.blaetter.de](http://www.blaetter.de) | [abo@blaetter.de](mailto:abo@blaetter.de)

Exklusiv für alle tendenz-LeserInnen!

**Kostenloses Probeheft**

Gutschein-Code:  
»tendenz2/10«



## JungdemokratInnen/Junge Linke

# Radikaldemokratisches Wochenende\*

## 19. - 21. März, Paderborn



### \* Thema: Nazis und andere Ärgernisse

Der Teilnahmebeitrag beträgt 16 Euro. Mindestens die Hälfte eurer Fahrtkosten werden euch erstattet. Anmeldung und weitere Informationen unter [info@jdjl.org](mailto:info@jdjl.org)

**schon mal vormerken**

**28.5.-30.5.**

**RaDeWoe in Hessen**

**31.7.-8.8.**

**Sommercamp**

## Selbstdarstellung

### parteiunabhängig

JungdemokratInnen gibt es seit 1919 mit wechselvoller Geschichte. Bis 1982 waren JungdemokratInnen Jugendorganisation der FDP, von der man sich jedoch seit 1968 mit dem Einzug antiautoritärer und antikapitalistischer Ideen in die Theorie des Verbandes zunehmend distanzierte. Die Trennung nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition, als die FDP Kohl zum Kanzler mitwählte, stellte nur noch das Ende eines lang andauernden Prozesses dar. Seitdem sind Jungdemokraten parteiunabhängig.

### außerparlamentarisch

JungdemokratInnen/Junge Linke sehen im Gegensatz zur herrschenden Ideologie keine Möglichkeit, allein über Parlamente und Parteien tiefgreifende demokratische Veränderungen zu bewirken. Parlamente sind unserer Ansicht nach zwar demokratische Errungenschaften, doch ist ihr Einfluß begrenzt. Für uns sind Parteien von großer Bedeutung für kleine Reformen. Vertrauen verdienen sie nicht.

### für radikale Demokratie

JungdemokratInnen/Junge Linke sehen in der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. in der Überwindung autoritärer und hierarchischer Strukturen, die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Gestaltung aller Lebensverhältnisse eines jeden Einzelnen. Weil entscheidende Bereiche demokratischer Kontrolle entzogen (wie z.B. in der Wirtschaft) oder autoritär organisiert sind (wie z.B. in der Schule), kritisieren wir den undemokratischen Charakter dieser Gesellschaft und treten für ihre Veränderung ein.

### für Emanzipation

JungdemokratInnen/Junge Linke setzen sich für die Emanzipation des Einzelnen und für gesellschaftliche Verhältnisse ein, die Selbstbestimmung umfassend ermöglichen. Befreiung des Einzelnen von Herrschaft und Unterdrückung und die Schaffung einer emanzipatorischen Gesellschaft sind für uns untrennbar miteinander verbunden.



### Bildrechte:



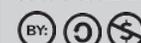
Titelseite: flickr\_pragmagraphr

Seite 3: flickr\_unblogbar.org//Marco Fieber

Taube flickr\_pdxjmorris

Seite 6: flickr\_Curtis Gregory Perry

Seite 9 oben: flickr\_leguan001



Seite 8: flickr\_gregor.schlatte



Seite 4: flickr\_prokura

Seite 5: flickr\_frierieke

Seite 7: flickr\_marfis75

Seite 11: flickr\_antjeverera



Seite 9 unten: flickr\_christoph Liebentritt

Seite 10/1: flickr\_foxypar4

Seite 10/3: flickr\_tsja!

Seite 12: flickr\_valentin

Seite 13: flickr\_freeparking:



Seite 10/2: flickr\_fotoARION

## Impressum:

### JungdemokratInnen/Junge Linke (JD/JL) Bundesverband

Greifswalder Straße 4,  
10405 Berlin;  
Tel.: 030 / 440 248-64, Fax: -66;  
[info@jdjl.org](mailto:info@jdjl.org) / [www.jdjl.org](http://www.jdjl.org)

Die Publikation wird mit Mitteln des BMFSFJ gefördert.

### Redaktion

Urs Prochnow, Lasse Klopstein, Felix Werdermann, Jonas Strassel, Stephan Wald, Theresa Gessler, Konrad Macholdt (V.i.S.d.P.)

**Gestaltung:** Vera Wallrodt

**Druck:** Union-Druck, Berlin

*tendenz* kostet im Abo 4,- Euro/Jahr. Im Mitgliedsbeitrag von JD/JL ist dieser Betrag bereits enthalten.

### Eigentumsvorbehalt

Diese Zeitung bleibt so lange Eigentum der JD / JL, bis sie der Adressatin oder dem Adressaten vollständig ausgehändigt ist.

*tendenz* versteht sich als offenes Publikationsorgan. Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht zwingend die Meinung der Redaktion wider.